

Dresdner Volks-Zeitung

Heute
Erwerbslosen-Tribüne
Siehe Beilage

Postfachkonto: Dresden
Rz. 1268, Raden & Comp. **Organ für das** **werk**

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, hat der Bezogener der Dresdner Volkszeitung

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Arbeit und Kampf“ monatlich 2,40 RM, einzeln 40 Pf. (Einschl. d. Postgebühren) monatlich 2 RM, einzeln 35 Pf. (Einschl. d. Postgebühren) Sonntag 1,80 RM, einzeln 30 Pf. (Einschl. d. Postgebühren)

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Bernsdorfer Nr. 25 261
Kunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Bernsdorfer Nr. 25 261
Geschäftspost von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Druckerei: Die 30 mm breite Monatsbeilage 85 Pf., die 40 mm breite Beilage 2 RM., für auswärtig 40 Pf. u. 2,50 RM., abh. d. Briefsendung laut Tarif. Familienangelegen. Stellen- u. Mietgeschäfte 20 Pf. netto. Für Brieflieferung 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 299

Dresden, Donnerstag, den 22. Dezember 1932

43. Jahrgang

Wachsende Not, ungenügende Hilfe

Erschreckende Zunahme der Arbeitslosigkeit - Die „Winterhilfe“ der Regierung ist keine - Ablehnung der sozialdemokratischen Forderungen

Elend in Zahlen

Die jahreszeitliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes hat in der ersten Dezemberhälfte scharf gewirkt. Der neue Arbeitsmarktbericht der Reichsanstalt zeichnet folgendes unermessliche Bild: Das Einsetzen des Frostwetters brachte den meisten Teilen des Reiches die Außenarbeiten zum Stehen. Die Beschäftigung für Aufträge zum Weihnachtsfest fand ihr Ende. Bei den Arbeitsämtern waren am 21. Dezember rund 5.604.000 Arbeitslose gemeldet, d. h. rund 29.000 mehr als Ende November. Mit einer Belastung in dieser Größenordnung war zu rechnen. Die Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge hat erfahrungsgemäß beträchtlich zugenommen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Versicherung lag Mitte Dezember nahe an 700.000. Sie war damit um rund 60.000 höher als Ende November. In ähnlichem Maße, nämlich um rund 57.000, ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge gestiegen. Sie betrug Mitte des Monats rund 1.188.000. Die Reichsanstalt unterstützt damit zusammen rund 1.888.000 Arbeitslose.

Erschreckende Feststellungen!

Auch der beruhigende Ton des Berichts der Reichsanstalt kann diesen Zahlen nichts von ihrem Ernst nehmen. Gewiß handelt es sich bei der neuen Zunahme der Arbeitslosigkeit um die Wirkung der saisonalen Einflüsse auf den Arbeitsmarkt. Trotzdem wirken die neuen Arbeitslosenzahlen geradezu unheimlich. Man muß bedenken: eine Viertelmillion mehr als 5 1/2 Millionen! Rechnet man zu dem neuen Zugang nur noch vorsichtig noch 1/4 Millionen unsichtbare Arbeitslose hinzu, dann haben wir

Schon jetzt 7 Millionen Arbeitslose!

Wie wird es in vier bis sechs Wochen aussehen, wenn die Arbeitslosigkeit ihren Winterhöhepunkt erreicht? Und wo liegt da die Auswirkung der Arbeitsbeschaffung, der Wirtschaftsanfuhelung? Noch einmal wird das Risiko der Wirtschaftsexperimente der Papen-Regierung der Öffentlichkeit förmlich mit Meidenschlägen florgemacht. Aber das ist nicht so wichtig. Wichtiger ist die Frage: Wie steht es mit der Unterstützung der Opfer der Winterarbeitslosigkeit? Wie sieht es mit der Winterhilfe?

Seit drei Wochen wird über die Winterhilfe beraten. Was die Regierung in neuer Form an Winterhilfe geben will, ist unzulänglich, ist unbefriedigend. Das muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden. Die Regierung ist den Anregungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bis zu einem gewissen Grade entgegengekommen, aber nur bis zu einem gewissen, bis zu einem unzureichenden Grad. Wir hatten auch bisher schon eine Winterhilfe, und auch diese sollte bis Ende des Winters dauern. Durch sie wurden zwei Pfund Fleisch um 20 Pfennig verbilligt. Jetzt soll eine Verbilligung für vier Pfund um 20 Pfennig erfolgen. Bisher umfaßte die Winterhilfe nur die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrt, soweit sie Familienmitglieder zu unterstützen hatten. Nun sollen auch die Alleinlebenden einbezogen werden sowie die Sozialrentner und die Unterstützten der Fürsorge. Die Verbesserung der Hilfe durch den wahlweisen Bezug von Milch, Brot, Schmalz (und Fleisch in den Küstenbezirken) ist gewiß auch ein Fortschritt. Allein die Unzulänglichkeit der Hilfe ist offenkundig, und diese Unzulänglichkeit ist infolge ihrer Kompliziertheit auch noch mit einem viel zu großen Verwaltungsaufwand verbunden.

Warum nicht einfach Erhöhung der Unterstützung?

Viele Arbeitslose, vor allem Krisenunterstützungsempfänger mit geringen Unterstützungsbeträgen, können, wenn sie ihre Miete sowie den eisernen Bestand für ihren Lebensunterhalt in Form von Brot, Margarine und Kaffee und unterhalb in Form von Milch, Margarine und Kaffee und ein paar verbilligten Mittagsessen bezahlten, nicht mehr ein paar verbilligte Fleischstücke leisten, weil einfach ihr Geld nicht mehr reicht. Gibt man aber eine höhere Unterstützung, dann kann jeder Arbeitslose selbst sein Hungerbudget für sich am besten und praktischsten einrichten. Schließlich braucht ja der eine oder andere Arbeitslose für

den Winter auch vielleicht irgendein Kleidungsstück, ein Hemd oder ein paar Strümpfe und muß nur Nahrung. Die vorgegebene Regelung birgt die Gefahr in sich, daß Tausende von Arbeitslosen die Verbilligungsart gar nicht benutzen können, sondern vielleicht einem Bekannten schenken, damit der sie wenigstens verwerten kann.

Die Regierung sträubte sich, den Forderungen der sozialdemokratischen Kräfte in angemessenem Umfang entgegenzukommen. Mit der Erklärung, es sei „kein Geld“ da, darf die Schleicher-Regierung dem Volk nicht kommen. Kein verantwortungsbewußter Mensch verlangt von der Regierung, daß sie einfach draußenswirtschaftet. Aber im Kampf gegen den Hunger muß jedes Mittel, das nur irgend noch Aussicht auf Erfolg bietet, versucht werden. Feinlich, sehr peinlich muß es berühren, wenn eine Regierung ausgerechnet in dem Augenblick am Ende ihres Vermögens ist, wo den Armen der Rat geholfen werden soll. Auch in den Organen der christlichen Gewerkschaften wird auf diese ganz unmögliche Haltung der Regierung hingewiesen. Sie betonen, es sei unerträglich, daß jetzt bei der Winterhilfe finanzielle Schwierigkeiten in den Vordergrund gestellt werden, während die Etatsbelastungen durch Steuererhöhungen und Genossenschaftsanleihe keine Schwierigkeiten bereiten. Die Industrieellen Wintermänner rein materiell fabelhaft gelohnt. Und nun, wo die anderen auch etwas haben wollten, sei angeblich nichts mehr übrig.

Der Reichstag muß einreisen!

Keine Drohung der Regierung darf den Reichstag abhalten, dafür zu sorgen, daß der Not des Winters fühlbar gesteuert wird. Freilich haben die Nazis den sofortigen Zusammentritt des Reichstags vorbereitet, indem sie den sozialdemokratischen Einberufungsantrag ablehnten. Das wird ihnen angetrichen werden! Aber es muß erneut versucht werden, den Reichstag im Januar so früh als möglich einzuberufen und ihn zur Verbesserung der Winterhilfe zu zwingen.

Was das Kabinett beschloß

D. Berlin, 21. Dezember. (Fig. Bericht.)

Das Reichskabinett hat am Donnerstag den bereits bekannten Plänen zur Winterhilfe zugestimmt. Die Winterhilfe tritt danach am 1. Januar in Kraft und endet am 30. April. Die Kosten für die eigentliche Winterhilfe werden mit 37 Millionen Mark besetzt. Die Winterhilfe besteht darin, daß alle Hauptunterstützungsempfänger, die Arbeitslosen- und Krisenunterstützung beziehen, sowie alle, die überhaupt von der öffentlichen Fürsorge laufend unterstützt werden, alle Schwerekriegsbeschädigten und Kriegsbeschädigten mit großer Familie monatlich vier Pfund Fleisch und zwei Zentner Kohlen um je 30 Pf. verbilligt beziehen können.

Statt eines Pfundes Fleisch kann unter den gleichen Voraussetzungen auch ein Pfund Wurst oder Schweinefleisch oder Brot oder Seefisch bezogen werden. Die Ausgabe des verbilligten Fleisches und der verbilligten Kohlen erfolgt gegen einen Verbilligungsschein. Ein Hauptunterstützungsempfänger mit vier Kindern oder mehr Zuschlagsberechtigten kann zwei Verbilligungsscheine beziehen, d. h. er kann monatlich acht Pfund verbilligtes Fleisch und vier Zentner verbilligte Kohlen einkaufen. Für den zweiten Verbilligungsschein kann auch Milch bezogen werden.

Diese Winterhilfsmaßnahmen der Reichsregierung, die hinter den Forderungen der Sozialdemokratie weit zurückbleiben, sollen ergänzt werden durch ein „Notwerk der deutschen Jugend“, das am Freitag der nächsten Woche in Kraft treten soll. Es wird sich auf etwa 200.000 bis 300.000 Jugendlichen erstrecken. Für jeden dieser Jugendlichen soll ein Zuschuß zu einer warmen Mahlzeit täglich in Höhe von 20 Pf. gegeben werden. Voraussetzung ist, daß der Jugendliche mindestens vier Stunden am Tage beschäftigt ist. Der Zuschuß wird an jede Organisation, Kameradschaft, Gruppe

Kommunistin lernt um Ruth Fischer für den „Wohlfahrtsstaat“

Im Rowohlt-Verlag, Berlin, ist unter dem bitter ironischen Titel „Deutsche Kinderfibel“ ein Buch erschienen, das phrasenlos und gnadenlos Kinderelend, Jugendelend, Elternelend, Alterselend der sterbenden kapitalistischen Welt enthält. Die ehemalige kommunistische Führerin Ruth Fischer und Dr. Franz Heimann sind die Verfasser. Charakter- und Lebensbilder, statistische Tabellen, Aktiennotizen, Briefe, ernährungswissenschaftliche Aufsätze, Triätzettel, Budgetaufstellungen erwerbsloser und nichterwerbsloser Arbeiterfamilien sind scheinbar unabhängig, in Wahrheit nach einem bewußten Plan aneinandergereiht. Die Zahlen und Tabellen sprechen eine ebenso beredte Sprache wie die Zustandsbeschreibungen, die in ihrer Einfachheit und Folgerichtigkeit auch robuste Menschen unausweichbar packen müssen. Ein Zeitbild entsteht, das proletarischen Lesern, das vor allem auch jenen, die klaren Sinnes in der Fürsorgearbeit stehen, bekannt ist.

In Elendsquartieren wachsen Kinder auf, die allzufrüh allzu vieles sehen lernen, deren unterernährte Körper den fortwährenden seelischen Belastungen nicht gewachsen sind, die von nervösen Störungen, von geistigen und physischen Erkrankungen, von Erschütterungen des Triebens befallen werden, noch ehe die eigentlichen Aufgaben des Daseins an sie heranreten. An den Stempelstellen, in düsteren Kneipen, in Ombdachlokalitäten, auf den Großstadtstraßen verweilt, verdirbt eine Jugend, die befähigt und gewillt wäre, arbeitend und strebend in die menschliche Gemeinschaft hineinzuwachsen, wenn die Gesellschaft, in der wir leben, nur Verwendung hätte für junge Arbeitskräfte und jungen Gestaltungswillen. Im Elend der Arbeitslosigkeit, der Kurzarbeit, des Lohnbruchs verzweifeln Männer in „den besten Jahren“, die ihrer Natur gemäß den Höhepunkt des Daseins noch nicht erreicht haben dürften, versinken Frauen, deren Denken Tag und Nacht um die Beschaffung dürftiger Nahrung für die Familie kreist, deren Geist — wie der Körper — von Unterernährung geschwächt wird. Dagegen rufen die beiden Verfasser zum Kampf auf, und zum Schluß folgt ein Bekenntnis, das besonders bedeutungsvoll ist, denn es stammt aus der Feder der einst führenden Kommunistin, die allerdings kaltegestellt wurde, weil sie angeblich nicht „radikal“ genug war, in Wahrheit, weil sie es nicht vermochte, auf die Dauer die Sozialdemokratie als den „Hauptfeind“ mit allem Dreck verlogener Gemeinheit zu bewahren. Ruth Fischer, die einst in den Reihen der KPD gegen Sozialversicherung und Wohlfahrtswesen, gegen all jene Daseinsverbesserungen kämpfte, die von der

und dergleichen gegeben werden, die eine solche Beschäftigung in die Wege leitet.

Sofort etwas Arbeitsbeschaffung?

D. Berlin, 22. Dezember. (Fig. Funk.) In der gestrigen Kabinettsitzung hat sich die Reichsregierung u. a. auch über ein „Sofort-Programm“ für die Arbeitsbeschaffung unterhalten. Wie es heißt, ist zwischen dem Reichsarbeitsbeschaffungsausschuss, dem Reichsfinanzminister, dem Reichsfinanzminister und dem Reichswirtschaftsminister eine völlige Einigung dahin erzielt worden, daß für dieses „Sofort-Programm“ unmittelbar 500 Millionen Mark bereitgestellt werden. Das Reichskabinett hat dieses „Sofort-Programm“ bekräftigt. Von ihm werden vor allem öffentliche Körperbetriebe betroffen.

Beimischungszwang für Margarine

In der gestrigen Reichskabinettsitzung wurde u. a. beschlossen, dem Reichspräsidenten den Erlass einer Verordnung vorzuschlagen, durch die die Verwendung inländischer Fette bei der Margarineherstellung sichergestellt werden soll. 10.000 bis 15.000 Tonnen Butter oder Schmalz, Taig oder Milch sollen bei der Margarineherstellung an die Stelle ausländischer Fette treten. Der Reichs Ernährungsminister würde durch eine solche Verordnung die Ermächtigung erhalten, einen Beimischungszwang anzuordnen. Angeblich soll die von dem Reichspräsidenten erbetene Verordnung nur eine Art Vorrichtungsmaßnahme darstellen.